

Die Entfernung der politischen Klasse

Sie ist nicht mehr bezahlbar

Von Walter K. Eichelburg

Datum: 2014-08-08

Wie es aussieht, wird das weltweite Finanzsystem noch in 2014 nach umfangreichen Vorbereitungen in einer grossen Show abgebrochen. Denn es ist überschuldet und nicht mehr haltbar. Genauso überreif zum Abbruch ist unsere heutige politische Klasse im Westen. Diese wird in Zukunft nicht mehr bezahlbar sein, daher muss sie weg, wie die Papiervermögen.

Dekadent und gefrässig ist der Staat

Dieser Artikel ist ein Nachfolge-Artikel zu „[Systemabbruch 2014 Ein Szenario](#)“ und „[Dekadent im Westen](#)“. Dieser Systemabbruch dürfte sich noch im Herbst 2014 abspielen. Dann geht es rund. So sollen:

- Die Staaten pleite gehen
- Alle Sozialleistungen inklusive Renten und Pensionen ausfallen
- Alle Subventionen und zumindest die meisten Beamtengehälter ausfallen
- Alle Ersparnisse durch Bankenpleiten vernichtet sein
- Die Preise der Wertpapiere und Immobilien auf ein absolutes Minimum sinken
- Die Skandale über Politiker vom Korruption bis Pädophilie herauskommen
- Usw.

Das wird der politischen Klasse einen unvorstellbaren Schlag ersetzen, von dem sie sich nicht mehr erholt. Man wird das alles der heutigen politischen Klasse in die Schuhe schieben. Nach einer Periode des Chaos wird der Ruf nach neuen Herrschern ertönen. Dieser wird erfüllt werden.

So soll es in Österreich wieder eine absolutistische Habsburger-Monarchie geben. Parlamente und politische Parteien gibt es dann nicht mehr. In anderen Staaten von Europa soll Ähnliches ablaufen. So wurden in den Niederlanden und in Spanien schon die Könige gegen die jüngere Generation ausgetauscht. In England soll es bald auch passieren. Die Enkel der Queen sollen übernehmen.

Diese Politik ist am Ende:

Ich bringe hier einige Beispiele aus verschiedenen Ländern, die zeigen, wie verbraucht unsere demokratischen politischen Klassen bereits sind. Manche Zeitgenossen nennen sie bereits die „Demokratten“.

AT/Presse: „[Warum ehrlich Geld verdienen, wenn es doch die Politik gibt?](#)“:

Dass SPÖ und ÖVP staatliche und staatsnahe Unternehmen vom ORF bis zu den Energieversorgern behandeln, als wären sie ihr Eigentum, ist in dieser Republik ja nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Das kommt zwar dem Delikt der Untreue nahe, wird aber nach wie vor von der Realverfassung des Landes gedeckt.

Gut sichtbar wird anhand von Fällen wie diesem, was SPÖ und ÖVP, ausgelagt von jahrzehntelanger Machtausübung, eigentlich noch antreibt: Es ist ausschließlich das Bestreben der jeweiligen Spitzenpolitiker, aber auch der B- und C-Chargen, möglichst bis zum Antritt der standesgemäßen Luxusposition nicht aus den von ihnen bewohnten Komfortzonen des Erwerbslebens hinausgedrängt zu werden. Was nach außen noch wie traditionelle Parteien aussieht, die inhaltliche Anliegen vertreten, ist zu Machterhaltungsmaschinen degeneriert, die den wirtschaftlichen Wohlstand der sie steuernden Machterhaltungsmaschinisten sichern sollen, solange es noch geht.

Der Steuerbürger wird total ausgebeutet, damit die Funktionärsklasse sich damit ihre Luxusgehälter und Millionenpensionen bezahlen kann. Fortlaufend ruft sie nach neuen Steuern.

AT/Presse: „[Hannes Androsch: "Leistung ist ein Hochverratsvokabel"](#)“:

Und ein ausuferndes Sozialsystem ...
... dem jegliche Treffsicherheit fehlt. Wir verteilen beispielsweise mit der Gießkanne 6,5 Milliarden Euro Familienförderung, die aber, wie wir zu Schulbeginn wieder sehen werden, nur zum kleinen Teil bei den Kindern ankommt. Da wird man sich bald die Frage stellen müssen, ob das noch Kinderförderung ist oder eine Art Grundgehalt für Eltern. Dass wir 650.000 Vorruhestandsempfänger haben und eine Erwerbsquote, die bei den über 55-Jährigen weit unter Schweden oder der Schweiz liegt, kommt noch hinzu.

Was hier angeprangert wird, ist der Stimmenkauf mit Steuergeldern. Damit gibt es immer mehr, die vom Staat leben und immer weniger echte Steuerzahler, die immer mehr ausgepresst werden. Sobald das passiert ist, ist die Demokratie verloren, das allgemeine und gleiche Wahlrecht muss abgeschafft werden. Üblicherweise kommt danach eine Art von Diktatur.

AT/Kurier: „[Anderssein ist ein Affront](#)“:

Statt einen engagierten Unternehmer zu unterstützen, ist für die Beamten die oberste Maxime, sich selbst abzusichern. "Wenn irgendetwas aus der Norm ist, bedeutet das für die Behörden ein Risiko, und das scheuen sie. Daher schaut alles gleich aus. Wenn von einer Kette eine Filiale genehmigt ist, funktioniert es bei den anderen nach demselben Schema. Auf diese Art gehen jedoch Individualität, Kultur und Handwerkskunst verloren", sagt Weghaupt.

Die Unternehmer stöhnen nicht nur in Österreich unter der wahnwitzigen Bürokratie. So soll das deutsche Steuerrecht das komplexeste der Welt sein, gleich gefolgt von den USA.

DE/Focus: „[Die Grünen brauchen endlich wieder einen Darth Vader!](#)“:

Mal überlegen: Die letzte große Aktion war? Stimmt, der Veggie-Day, so ziemlich genau vor einem Jahr, als die Oberlehrer der Politik den deutschen Kantinen einen vegetarischen/veganen Speisezettel-Tag aufquatschen wollten. Wurde dann aber nix, und was richtig Relevantes, das die Grünen in jüngster Zeit gestemmt haben könnten, fällt einem beim besten Willen nicht ein. Blöd ist vor allem, dass Union und SPD sich längst wie die obersten Robben-Laubfrosch-Schafgarben-Schützer fühlen.

Da haben wir sie, die grüne Verbotsparterie. Die verbietet nicht nur das Fleischessen in Kantinen, auch das Autofahren und Rauchen will sie verbieten. Und die anderen Parteien machen das nach. Siehe etwa das idiotische Erneuerbare Energien Gesetz, das die Landschaft mit PV-Anlagen und Windrädern zubetoniert, für die dann die Stromverbraucher zahlen müssen.

DE/DWN: „[Abschaffung der kalten Progression kostet Staat 3,8 Milliarden Euro pro Jahr](#)“:

Dem Fiskus entgingen nach der Abschaffung der kalten Progression knapp vier Milliarden Euro jährlich. Die Regierung müsste neue Schulden aufnehmen, wenn sie keine Ersatzsteuer für diesen Fehlbetrag erheben will. Dann müsste Wolfgang Schäuble sich von seinem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts verabschieden.

Laut dem Finanzminister geht das nicht. Aber für die Euro-Rettung oder die Unterbringung von Zigeunern hat er immer Geld, noch viel mehr, als diese Entlastung der Bürger kosten würde. Sparen tut ohnehin kein Politiker, man denke an die Elbphilharmonie, den Skandalflyhafen BER, oder die vielen kleinen Steuergeld-Verschwendereien. So leistet sich etwa das bankrotte Berlin vier Opernhäuser, wo jedes Ticket mit €180 subventioniert wird. Die Politiker betreiben reine Willkür.

DE/News25: „[Zeitung: Arbeitsministerin Nahles will "Anti-Stress-Gesetz" prüfen](#)“:

Nach Vorlage dieser Handlungsempfehlungen wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales prüfen, ob sich daraus hinreichend konkrete Gestaltungsanforderungen ableiten lassen, die in einer Arbeitsschutzverordnung geregelt werden sollten.

Das haben die deutschen Firmen wirklich noch gebraucht. Noch mehr Bürokratie. Eine Arbeitsministerin, die nie etwas Sinnvolles gemacht hat, möchte sich wichtig machen. So braucht man heute schon zum Ausheben einer Grube nicht nur 2 Arbeiter mit Schaufeln, sondern auch mindestens 10 Beauftragte von Arbeitsschutz bis Umwelt, alles Akademiker. Vor 30 Jahren genügten die 2 Arbeiter.

DE/Focus: „[Deutschland steuert auf ein Schulden-Fiasko zu](#)“:

77,3 Prozent in Deutschland mögen ja schon beängstigend klingen. Sie sind aber noch nicht die volle Wahrheit, sondern nur ein kleiner Teil, die sogenannte explizite Verschuldung. Sinn warnt: „Insgesamt liegt die implizite Staatsschuld bei 206 Prozent des BIP.“ Implizit plus explizit - das heißt: Die gesamte Verschuldung Deutschlands beläuft sich auf 283 Prozent.

Was ist nun der Unterschied zwischen expliziten und impliziten Schulden? Die expliziten Schulden sind die offen ausgewiesenen Schulden, also die deutlich sichtbaren. Die impliziten Schulden sind die unbemerkten, also jene Zahlungsverpflichtungen für den Staat, die durch die sozialen Sicherungssysteme entstehen.

Nicht einmal die expliziten Staatsschulden können zurückgezahlt werden, sondern müssen bei den Sparern abgeschrieben werden. Die implizierten Staatsschulden sind die Sozialversprechen wie Renten. Daher gehen bei einem Staatsbankrott auch die Sozialleistungen unter.

CH/Blick: „[Asylbewerber gehören nicht in eine Villa!](#)“:

Die Gemeinde Oensingen SO kaufte für 1,2 Millionen das Anwesen von Franz Marti (91). Dass darin nun Asylbewerber wohnen sollen, dafür hat dieser kein Verständnis

Jetzt sind wir beim Unfug mit den vielen Asylananten, die hereinströmen. Anstatt sie sofort zurückzuschicken kaufen die Politiker schon Villen oder 4-Sterne Hotels zur Unterbringung an.

CH/Blick: „[Juso-Chef will keine Schweizer Fahnen am 1. August](#)“:

Kein Fahnenmeer am 1. August: Juso-Molina ruft wegen «Militarisierung in der ganzen Welt» zu Verzicht auf Schweizerkreuz-Flaggen auf.

Typisch für die Linken: sie vergöttern jeden Ausländer oder Asylwerber und betrachten das Aufhängen der Nationalflagge am Nationalfeiertag als „Nationalismus“. Wer ist hier der Volksverräter?

CH/Blick: „[Polizisten kämpfen gegen mehr Bussen](#)“:

Die Busseneinnahmen werden nicht nur aus Gründen der Verkehrssicherheit laufend höher budgetiert, sondern um die Kassen von Gemeinden und Kantonen zu füllen, behauptet die Polizeigewerkschaft. Sie will dieses Spiel nicht mehr mitspielen.

Das in einem Land, wo die Politik Radarwarner in den Navigationsgeräten per Gesetz verboten hat. Es geht hier nicht um Verkehrsstrafen, sondern um mehr Einnahmen für die Gebietskörperschaften. Sogar die Polizei rebelliert schon.

Diese Beispiele zeigen, wie heruntergekommen die politische Klasse schon überall ist. Hier reicht nicht mehr der Austausch von Parteien an der Regierung, nein, das System selbst ist auszutauschen.

Nach 9/11 in 2001 ist ja der „starke Staat“ gekommen, inzwischen hat die Arroganz der staatlichen Kasten vom Beamten bis zum Politiker unendliche Ausmasse angenommen. Vermutlich war das von denen, die jetzt diese Art von Staat abrechnen, so geplant. In der letzten Zeit diskreditiert man das zunehmend, die Artikel oben gehören dazu. Dieses „Drehbuch“ dazu ist in seinen Grundzügen sicher schon 15 Jahre alt. Über die staatlichen Dekadenzen von Frühsexualisierung in der Schule bis zur Homo-Ehe gehe ich in diesem Artikel gar nicht ein, aber sie gehören sicher dazu.

Mit dem Papiergeld fällt der Wohlfahrtsstaat:

Mises.de: „[Die tiefen Ursachen der Schulden- und Finanzkrise](#)“:

Die operative Kernursache der systemimmanenten Logik der Selbsterstörung des westlichen Wohlfahrtsstaatsmodells besteht in einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler des Finanzsystems: dem staatlichen Geldmonopol! Die Problematik des schuldeninduzierten Wohlfahrtsstaates erscheint letztlich nur lösbar, wenn das staatliche Zwangsgeld durch ein privates Marktgeld ergänzt wird. Das staatliche Geld ist letztlich ein marktfremdes Geld, das den Blutkreislauf einer Marktwirtschaft sukzessive vergiftet und immer wieder zu schweren Kreislaufstörungen führt: Überschuldung, Spekulationsblasen, Fehlinvestitionen, Inflation und schlimmstenfalls sogar Währungsreform. Das staatliche Papiergeldmonopol ist sozusagen der Treibsatz für den Teufelskreis aus Politikerversprechen und Wähleransprüchen, worin sich die kollektive Unvernunft der Wählerbestechungsdemokratie widerspiegelt. Der durch das staatliche Geldmonopol finanziell genährte Wohlfahrtsstaat endet im Bankrott. Solange der Staat mittels seines Geldmonopols die Verschuldungsspirale immer weiter drehen kann, wird sich an dieser demokratischen Krankheit nicht viel ändern. Der schleichend fortgesetzte Verlust sämtlicher ordnungspolitischer Grundsätze und Regeln geht erfahrungsgemäß mit einem entsprechenden Verlust bürgerlicher Freiheit und Selbstverantwortung sowie dem ständigen Anwachsen von Bürokratie und staatlicher Bevormundung einher. Das staatliche Geldmonopol gefährdet deshalb auf Dauer das gesamte westliche Demokratiemodell.

Vom Staat kontrolliertes und ungedecktes Papiergeld und Wohlfahrts-Demokratie gehören zusammen. Nun ist dieses System aus Papiergeld am Ende und muss kollabieren. Jedes dieser Systeme ist einmal kollabiert, danach kam immer Gold als neues Geld. Damit müssen auch die Wohlfahrts-Demokratien mit deren Funktionärskasten sterben, da sie nicht mehr finanzierbar sind. Das ist der wahre Hintergrund, warum es jetzt zu einem radikalen Systemwechsel kommt.

"Am Ende einer Epoche stand immer BÜROKRATIE, VERSCHULDUNG, STAATSBANKROTT. Am Anfang war immer GOLD die Grundlage eines neuen Finanzsystems. So war es immer und so wird es auch wieder sein!" - *Paul C. Martin*

Zurück in die gute alte Zeit

Na ja, für alle werden die neuen Zeiten nicht so gut sein. Sie werden nicht gut sein für jene, die heute vom Staat leben. Aber sie werden nach einer Übergangszeit gut sein für alle heute vom Staat mit Bürokratie und Steuern Geknechteten sein.

Wir stehen jetzt kurz vor dem entscheidenden Tag, an dem man das Finanzsystem kollabieren lässt, dem Tag-X. Dieser sollte in den nächsten Monaten kommen, alles ist dafür vorbereitet. Vermutlich wird es so ablaufen wie in meinem Artikel „[Systemabbruch 2014 Ein Szenario](#)“ beschrieben. Zuerst ein oder mehrere Gross-Terror-Anschläge, kurz darauf lässt man das Finanzsystem komplett kollabieren. Diesen Kollaps wird man den Moslems in die Schuhe schieben (Islamische Terroristen). Die nachfolgende Enteignung der Sparer und Vermögensbesitzer wird man der heutigen Politik in die Schuhe schieben. Zusammen mit dem Zusammenbruch der Staaten und Sozialsysteme ergibt das ein enormes Wutpotential in der Bevölkerung.

Damit die Mobs der Wutbürger die richtigen Ziele finden, hat man schon ausreichend vorgearbeitet. Wer heute noch Politiker sein möchte, weiss sicher nichts davon – oder hat ein Exil.

Die Preise von Gold und Silber werden in den Himmel schießen, man wird neue Währungen einführen, wie lange die überleben, wird sich zeigen. Am Ende wird es wieder Gold- und Silbergeld geben müssen.

Das heutige, psychologische Goldverbot über Preisdrückung und Negativ-Propaganda ist nur für den kleinen Mann (Aussage von den Hintermännern). Man will damit bis zum Tag-X alle Nicht-Wissenden davon abzuhalten, ihr Vermögen zu retten.

Hier noch eine solche Aussage, die für Österreich gilt: Die Habsburger sind bereits in Position für die Machtübernahme. Das Volk soll nach ihnen schreien. Ein neuer Absolutismus kommt. Die Adelstitel

kommen wieder, das Adelsverbot wird aufgehoben. Für Investoren, die ihr Gold hergeben, um damit in Firmen und Immos zu investieren gibt es Adellungen.

Auf diese Art kommt Gold in ein neues Bankensystem. Die heutigen Gold-Investoren werden auf diese Art ungeheure Profite machen, indem sie dann Firmen, Aktien oder Immobilien zu einem Spottpreis kaufen.

Man wird sich auch wieder wie vor 100 Jahren Hauspersonal leisten können, die Arbeitskräfte etwa für die Landwirtschaft werden ungeheuer zahlreich und billig sein. Denn der grösste Teil der Bürokraten bei Staat und Wirtschaft wird entlassen werden, man braucht und will sie nicht mehr. Der Hunger wird sie dazu zwingen, JEDE Arbeit anzunehmen.

Die absolutistische Monarchie:

Diese Staatsform hatten wir nach dem Wiener Kongress in 1815 fast überall in Europa. Der König dekretierte Gesetze nach Beratung mit seinen Expertenräten. Königliche Beamte setzten das um. Politische Betätigung war so gut wie verboten. Es gab vorerst keine Parlamente, dann solche mit beschränktem Wahlrecht.

Siehe diesen Artikel über eine Konferenz im Juni 2014: „[Gipfeltreffen mit Putins fünfter Kolonne](#)“:

In Wien berieten die Führer der russischen Eurasien-Bewegung mit westeuropäischen Rechtspopulisten, Aristokraten und Unternehmern über die Rettung Europas vor Liberalismus und Schwulenlobby.

Offizielles Thema war der historische Wiener Kongress, der vor genau 200 Jahren mit Gründung der «Heiligen Allianz» dem Kontinent «ein Jahrhundert der relativen Ruhe und des geopolitischen Gleichgewichts» gebracht habe, wie es in der Einladung hiess. Tatsächlich wurde aber im prunkvollen Festsaal des Palais wenig über Geschichte und viel über die Zukunft gesprochen. Denn heute stünden Europäer und Christen vor historischen und geopolitischen Bedingungen, die es notwendig machten, «den Geist der Heiligen Allianz aufleben zu lassen».

Dorthin soll es wieder zurückgehen. Dass man das publiziert hat, ist sicher kein Zufall.

In Österreich wird laut meinen Informationen eine absolutistische Habsburger-Monarchie kommen, die noch bestehenden Monrachien in Europa werden sehr wahrscheinlich wieder absolutistisch werden (dazu tauscht man gerade die Könige aus). Deutschland wird wahrscheinlich in mehrere Monarchien zerfallen. Wahrscheinlich bleibt die Schweiz eine Republik. In anderen Staaten könnten Diktaturen an die Macht kommen.

Man kann sich sicher sein, dass das pro Staat bereits alles vorgeplant ist. In manchen Staaten soll es bereits Verhaftungslisten für Politiker geben.

Ein österreichischer Anwalt, der auf Hartgeld.com als „Der Jurist“ bekannt ist, hat sich bereits mit Parteien-Verbotsgesetzen beschäftigt:

Ich habe ein wenig am Sozialismus-Verbotsgesetz weitergebastelt:

„§ 1. Eines Verbrechens macht sich schuldig und wird mit Kerker oder Steinbruch von zehn bis zu zwanzig Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit des Täters auch mit lebenslangem schweren Kerker bestraft:

1. wer versucht, eine gesetzlich aufgelöste sozialistische Organisation aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen; als sozialistische Organisationen gelten: die SPÖ, die Grünen, die KPÖ, die Piraten und alle ihr angeschlossenen Verbände, wie insbesondere ÖGB, Arbeiterkammer, rote Falken, Pensionistenbund, Kinderfreunde, Caritas;

2. wer eine Verbindung gründet, deren Zweck es ist, durch Betätigung ihrer Mitglieder im sozialistischen Sinn die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Freistaates Bayern- Österreich-Südtirol zu untergraben oder die öffentliche Ruhe und den libertären Wiederaufbau dieses Freistaates zu stören;“

Ob ein solcher Freistaat kommt, wissen wir nicht, aber Verbotsgesetze dieser Art dürften überall kommen. Wahrscheinlich sind alle heutigen Parteien betroffen. Und wie in diesem Beispiel auch alle politischen Vorfeld-Organisationen. Die Völker werden nach ihrer Enteignung danach schreien.

Der viel kleinere Staat:

Man lässt uns nicht im Unklaren über das, was kommen wird. Vermutlich aus diesem Grund bekomme ich auch diese Insider-Informationen aus den „verborgenen Eliten“. Mein bald erscheinendes Buch wurde vermutlich auch deshalb zu einem besseren Verlag „hochgepusht“. Darin beschreibe ich im Detail, was notwendig ist und was kommen muss. Diese „verborgenen Eliten“ die hinter diesen Transformationen stecken, arbeiten offenbar gerne mit Büchern.

Über das wirtschafts- und sozialpolitische Programm schreibt Akif Pirincci in Deutschland von Sinnen. Ab Seite 99 geht es los, ich habe einige Stellen rauskopiert:

Jeder zahlt fünf Prozent seines Einkommens an den Staat. Das gilt auch für den Gewinn von Firmen. Sämtliche anderen Steuern, Abgaben, Gebühren, Vergünstigungen, Abschreibungen, vor allem jedoch die Steuerprogression werden abgeschafft. Jemand, der im Jahr eine Million verdient, entrichtet 50000 an den Staat und derjenige, der es auf 20000 bringt, 1000. Selbst derjenige, der nur 5000 im Jahr einnimmt, drückt seine 250 ab. Warum jemand, der viel Geld verdient, prozentual mehr Steuern zahlen soll als jemand mit niedrigem Einkommen, konnte mir bis jetzt niemand erklären. Soll man etwa schöne Menschen häßlich amputieren, weil sie durch ihre Schönheit im Vergleich zum Durchschnitt bessere Chancen im Leben haben und mehr Fickgelegenheiten bekommen? Widersinnig – weg damit!

Durch diese radikale Umstellung verbleiben dem Staat nur mehr zirka 40 Milliarden im Jahr, eine Summe also, die heute nicht einmal für die Bedienung seiner Kreditzinsen ausreichen würde. Deshalb werden diese auch als erste entsorgt. Der Staat erklärt seine Schulden für null und nichtig, der Staat kann das. Pech gehabt! Daraufhin implodieren viele Banken, werden Existenzen vernichtet, finanzielle Erdbeben verursacht, Verelendung tritt ein. Scheiß drauf! Spätestens in zwei Jahren haben sich alle wieder abgeregt und auf die neue Situation umgestellt. Und die lautet: Ab jetzt macht der Staat keinen einzigen Euro Schulden mehr. In Wahrheit hat der Staat natürlich ein klein wenig mehr, weil er über eigene Unternehmen und eigenes Vermögen verfügt, aber das macht die schlanke Gans nicht zu einer fetten Sau.....

Sämtliche Ausgaben für Soziales werden ersatzlos gestrichen. Familiengedöns (gegenwärtig 250 Milliarden), Hartz-IV, Kinder- und Jugendhilfe, Wohngeld, Eltern- und Erziehungsgeld, Alleinerziehendenvergottung, alle sozialen Projekte und schmarotzenden Institute von wegen Armenbericht, Frauen- und Migrantenförderung und so, Alimentierung von Wohlfahrtsorganisationen (mit einer atemberaubenden Beschäftigungszahl von vier Millionen Menschen), Asylbewerberleistungen, all dies und alles andere, von dem wir nicht einmal ahnen, daß es überhaupt existiert, gibt es nicht mehr.

Sämtliche Subventionen werden ersatzlos gestrichen, als allererstes die für die Landwirtschaft. Die reichsten Menschen sind in diesem Land weder Unternehmer noch Banker noch Manager noch Fußballer, sondern Bauern.

Sämtliche Umweltgesetze, die nach 1975 ins Gesetzbuch geschrieben worden sind, werden ersatzlos gestrichen. Alles, was danach in dieser Sache an Änderungen und Hinzufügungen folgte, beruht darauf, daß man die Panikpropaganda, vor allen Dingen jedoch die faustdicken Lügen einer einzigen und sehr kleinen Partei, nämlich der Grünen, für bare Münze nahm bzw. von linken Medien dazu genötigt wurde, es zu tun. Die abgeschalteten Kernkraftwerke werden wieder eingeschaltet, zudem sechs bis acht neue gebaut, so daß der Strompreis nurmehr ein Zehntel des heutigen beträgt (Steuern darauf existieren auch nicht mehr).

Die Beamtenschaft wird komplett abgeschafft. Beamte und öffentliche Angestellte werden nicht mehr gebraucht, weil alle Aufgaben des Staates bis auf Polizei und Justiz privatisiert und in kommerzielle Hände übergeben werden. Selbst Ausweise und Pässe erteilen dann unter gesetzlichen Vorgaben Privatfirmen.

Die Ausländerproblematik erledigt sich von selbst. Da es ja diesen magischen Geldverschenke-Apparat nicht mehr gibt, arbeiten die Ein- und Zugewanderten entweder mit uns zusammen, während sie nach ihrer eigenen Façon glücklich werden, oder sie sehen zu, wo sie bleiben. Ich vermute, zuhause.

Der Öffentliche Rundfunk und sämtliche Kultur- und Kunstförderungen, zusammengenommen immerhin 21 Milliarden, werden abgeschafft. Gute Kunst und Unterhaltung setzen sich von ganz alleine durch.

Einige Kommentatoren meinen, dass der Autor das nie selbst erfunden haben kann. Dieser Meinung bin ich auch. Der Autor hatte "Einflüsterer" aus den verborgenen Eliten, die offenbar ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Programm vorstellen wollten. Es deckt sich mit meinen Insider-Infos, wobei diese rudimentärer sind. Über dieses Buch zeigt man uns also den "neuen Staat" nach dem Tag-X. Über die politische Dimension darf offenbar ich schreiben, dass der Crash „Die Lösung ist“, andere Autoren, sie werden gerade in allen Medien herumgereicht.

Nach dem Tag-X geht es 100 Jahre zurück. Zurück in die gute alte Zeit mit viel weniger Steuern und Bürokratie. Weg mit dem Sozialismus der Gängler, Auspresser und Verschwender sowie der EU. Für die heutigen Bürokraten und Auspresser wird die neue Zeit aber nicht gut. Für Goldbesitzer schon.



Disclaimer:

Wir möchten feststellen, dass wir keine Finanzberater sind. Dieser Artikel ist daher als völlig unverbindliche Information anzusehen und keinerlei Anlage- oder sonstige Finanzierungsempfehlung – wie ein Zeitungsartikel. Wir verkaufen auch keine Finanzanlagen oder Kredite. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Das gilt auch für alle Links in diesem Artikel, für deren Inhalt ebenfalls jegliche Haftung ausgeschlossen wird. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizenzierten Finanzberater oder eine Bank.

© 2014 by Walter K. Eichelburg, Reproduktion/Publikation nur mit Zustimmung des Autors.
Zitate aus diesem Artikel nur mit Angabe des Autors und der Quelle: www.hartgeld.com
HTML-Links auf diesen Artikel benötigen keine Zustimmung.

Zum Autor:

Dipl. Ing. Walter K. Eichelburg ist über seine Hartgeld GmbH Betreiber der Finanz- und Goldwebsite www.hartgeld.com in Wien. Er beschäftigt sich seit mehreren Jahren intensiv mit Investment- und Geldfragen. Er ist Autor zahlreicher Artikel auf dem Finanz- und IT-Sektor. Er kann unter walter.eichelburg@hartgeld.com erreicht werden.